

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozinsatzpreis aus der tägl. Unterhaltungszeitung Leben, Willen, Kunst
und Freizeit und Jungen einschließlich Bringschein mindestens 20 Pf.
Durch die Post bezogen werden darf. 22. 2. 25, unter Aufwand für Deutschland und
Österreich-Ungarn W. 5.— Erreicht wird mit Ausnahme der Sonnen- und Feiertage.

Redaktion: Zeitungsweg 10. Tel. 25291.
Sprechstunde nur während von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zeitungsweg 10. Tel. 25291.
Zeitungsweg von 12 Uhr bis 7 Uhr abends.

Abonnate werden die beigepflichtete Bezahlung mit 20 Pf. beruhmt, bei dreimaliger
Wiederholung nach Rücksicht gestrichen. Vereinssbezüge 25 Pf. Abonnate müssen
bis spätestens 10 Uhr früh in der Sprechstunde abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 88.

Dresden, Sonnabend den 18. April 1914.

25. Jahrg.

Parteigenossen, Parteigenossinnen! Müsstet zur Maifeier, zum Festtag der Arbeiterklasse aller Länder!

Die Gesellschaft für Geburtskunde und Gynäkologie brach sich
gegen ein gesetzliches Verbot empfängnisverhindern-
der Mittel aus.

Die Petersburger Arbeiter konstituierten aus Anlaß des
Jahrestages des Revolutionsaufstandes am 1. Mai eine
sozialdemokratische Straßendemonstration.

Zwischen griechischen Soldaten und albanischen
Gendarmen ist es zu einem Kampfe gekommen.

Die Vereinigten Staaten haben der megalithischen Regierung
ein neues Ultimatum zugestellt.

Auf den Bürgermeister von New York wurde ein
Attentat verübt.

In New York sind bei einem Brand 14 Personen ums
Leben gekommen.

Ein steuerloses Wrack.

Hatte schon der erste Tag des evangelisch-sozialen
Kongresses die völlige Verworrenheit in den zu diesem
"Gesinnungsberein" sich zusammenfindenden Kreisen gezeigt, so
kennzeichnet der Fortgang und Ausgang dieser Tagung vollends,
daß das evangelisch-soziale Schifflein auf dem wilden Meer
der sozialen Frage als ein steuerloses Wrack dahintrieb.

Der Generalsekretär des Kongresses, Dr. Schneemelcher,
der den Jahresbericht eröffnete, beging die ver-
hängnisvolle Unvorsichtigkeit, die Sozialdemokratie
in die Föderierung zu bringen. Mit denkbaren größtem Voricht
wagte er einige Worte gegen das plumpen Schriftstellerum,
das nichts anderes steht als das "rote Tuch". Es sei nicht
Aufgabe des evangelisch-sozialen Kongresses, kluftmächerisch
gegen die Sozialdemokratie aufzutreten, sondern zu ver-
hindern. Dies werde allerdings an gewissen Stellen nicht
lebhaft gesagt und man sagt: „Aha, Ihr befürwortet die Sozial-
demokratie nicht. Ihr unterschreibt sie damit.“ Das sei ja ein
Vorwurf, wie er ihm einem Staatsbürgert nicht noch
gestellt werden könnte! Die harmlosen Bemerkungen er-
zeugten einen schweren Sturm unter den jüdischen Kongressleuten.
Der Vorsitzende Professor Baumgarten gab die Mit-
teilung, daß die Aussführungen Schneemelchers an
manchen Stellen Vergermeis herausgerufen hätten. Er fügte
die Bogen der Vergermeis zu glätten durch die Erklärung, daß
auch er selbst sich den Kampf gegen die Sozial-
demokratie nicht unterdrücken lasse, der Kongreß solle nur
die Sozialdemokratie nicht schlechthin als den Orientierungspunkt
für jede "Stellungnahme" ablehnen — eine Erklärung,
die allerdings selbst arge Schriftsteller leichtlich bestreiten
können. Als schwer Verärgerter meldete sich dann der bayerische
Preußendoktor Friederich v. Podmann. Auch ein
"Evangelisch-sozialer"! Er erklärte mit Pathos, daß er sich an
sozialer Erfahrung von niemand in der Welt übertragen
lässe, aber er mißbilligte Schneemelchers Worte, denn die
Sozialdemokratie sei ein "Vollverderbnis", und ihr gegenüber
gäbe es nur ein Entweder — Oder. Weiß und Röden
begleiteten diese Ausschreitungen. Der Kongreß zeigte sich völlig
polstert. Selbst das unchristliche Schwermacher-
tum hat seine Stütze auf diesem Kongreß verloren, die mit
religiösen Rezepten die soziale Frage behandeln wollen.

Der Vorsitzende Baumgarten sah sich von all seinen
Vermittelungskünsten verlassen, stammelte nur noch: es sei
ja eine eigenartliche Situation, in die wir hineingekommen sind; er könne sich dem Entweder — Oder des Herrn
v. Podmann nicht anschließen; man sei hier nicht in
einer politischen Partei, sondern in einem "Gesinnungsberein".
Die Situation war in der Tat, wie man bemerkte, nicht nur
"eigenartlich", sondern sogar äußerst dränglich, so dränglich,
daß sich Herr Schneemelcher in seiner Erwiderung gegen
die Demagogie des Friederich v. Podmann nicht mehr auf
diesem schäbigen Attentäter ließ, daß er durchaus keine
"sozialistisch-freundliche" Gesinnung an den Tag gelegt habe.
So endete die ganze Verspreitung mit einer nicht mehr zu
überbietenden Konfusion.

Man begreift, daß Herr Schneemelcher das Gefühl
hatte, er habe sich zu weit vorgewagt. Man begreift auch
das lebhafte Missfallen der meisten Kongressteilnehmer an
den Ausführungen ihres sonderbaren "Gesinnungsgenossen",
des Schriftstellerbaron aus München. Unter all diesen
aufgeregten Erörterungen steht nämlich etwas nicht
ausgesprochen: das ist die preußische Rute,
die hinter dem Spiegel steht. Um Lands preußischer Gottes-
fürcht und Sitten ist es einfach undenkbar, daß sich — wie in
der wilden Schweiz — ein evangelischer Geistlicher offen zur
Sozialdemokratie bekenn. So wurde durch den preußischen
Zensor die ganze sonst so lebhafte Auseinandersetzung getötet
und vergessen.

Zweifellos gibt es unter den preußischen Pastoren nicht
wenige, die zur Sozialdemokratie innerlich ganz anders stehen
als die herrschenden Mächte im Staate. Aber jeder Zweifel
an der antisozialdemokratischen Innerlichkeit eines Geistlichen
bildet für diesen einen Skandal. Nun kann sich leicht
auf den Standpunkt des Entweder — Oder stellen, wenn man
im warmen Saal der herrschenden Staatsregierung zuhause
ist, aber man will es sich — wenn man sein Talent zum
Fürthner hat — dreimal überlegen, sich zu Beklommungen zu
bestimmen, deren Auflösung mit Rechtung und Brolosmachung
bestraft wird.

Die Sozialdemokratie ist durch den offenen Wahl-
heitsmarkt ihrer Anhänger zu ihrer großen Bedeutung
emporgekommen, doch jeder, der politisch etwas gelten will, ge-
zwungen ist, in klarer Weise sie oder gegen sie Stellung zu
nehmen. Die Evangelisch-Sozialen sind an dieser Aufgabe
geschleift. Ratlos, hilflos starren sie auf dieses Problem.
Manche von ihnen mögen den guten Willen haben, sozial
zu sein und haben doch eine wahre Todesangst, man könnte
sich für Sozialdemokratie halten oder nur für "sozialistisch-
sozial" Rennenden die Verbreitung des sozialen
Evangeliums der Sozialdemokratie über-
lassen!

gemacht unter dem Himmel auf die angeblichen Rüstungen
anderer Staaten und die russische Gefahr. Wenn neue
Rüstungsverträge im Schoß der Regierung geboren werden
sind, werden unsere Militärischen und bürgerlichen Bewilliger
darum getrost wieder in den Himmel ihrer Phrasen greifen
und die ewigen Schlagworte wieder herabholen, die sie eben
verleugnet haben.

Wir haben in zwei Artikeln der letzten Nummern die
Müdigkeitsstellung der Gegenseite beleuchtet und brauchen
nicht noch einmal dazutun, was an dem Geschehen von der
russischen Gefahr übertrieben ist, nachdem gerade auch in den
letzen Tagen sich in England gewichtige Stimmen gegen ein
Bündnis mit Russland gewandt haben. Zu all den Argumenten
aber, die gegen eine ernsthafte russische Gefahr
wirken, wäre hinzuzufügen, was ein Kenner wie der Russ
Rubowitsch über die Schlagfertigkeit des russischen Heeres
sagt. Gestützt auf sachmäßige Berichte, knüpft er in der
Humanität an den Protest gegen die geheimen Versprechungen
von Ministern und Parlamentsführern an, den im Namen von
Millionen von Arbeitern und Bauern die Vorführer der
Arbeiterpartei und der Sozialdemokratie erhoben haben. Doch
komme der wirkliche Geist dieser Massen zum Ausdruck, der
alle neuen Auflösungen weiterer Hunderttausende Menschen
wirkungslos mache. Nur Unwissenden könnten die großen
Zahlen imponieren:

Heute wie früher wiederholen wir unablässig, daß das
russische Heer zerstört ist von dem Staub, der den ganzen
Regierungsbaukasten lädt und der Russland zur Niedergabe
im fernen Osten geführt hat. Die Vermehrung der Ränge,
ohne Ränderung der Besoldtheit, inmitten der Anarchie der
Leituna, der Korruption der Intendantur, kann nur die Ver-
wirrung beim ersten Anlauf vermehren. In einem in der
Zeitschrift "Militärische Sammlung" erschienenen Aussage: "Die
materielle Lage und die Kampfkraft unseres Heeres" wird von
einem der vorzüglichsten höheren Offiziere in nüchterner Dar-
stellung mit reichem Tatsachenmaterial dieses ungeheure Heer
gezeigt: vom Volke gerettet, in zwei Lager, Offiziere und
Soldaten, geteilt, die einander Hassen und verachten; eine
Leitung, unvollständig und ohne Zusammenhang; eine Korruption,
die den Organisations vom Scheitern bis zur Tote zerstört;
völliger Mangel an Glaube und Begeisterung, ohne die kein
Sieg möglich ist. Auf dieses Heer zählt Frankreich. Welcher
Held und welche ein Unglück!"

Beruhigung — bis auf weiteres.

Die in Berlin erscheinende Zeitung der Zeitung hat
eine Rundfrage veranstaltet, die so lautet: "Wegen Gewinde
vor, die es rechtfertigen, immer wieder von einer Spannung
zwischen Deutschland und Russland oder gar von
einer unvermeidlichen Kriegsfähigkeit zu sprechen?" Diese
Rundfrage mag ja ein ebenso überflüssiger wie zweckloser
Sprach sein, aber sie beweist doch wieder, daß seit dem Marsch
durch die Artikel der Kölnischen Zeitung eine wesentliche Ver-
änderung der Gemüter eingetreten ist. Die Leute, die sich selbst
als führende Käufe ihrer Parteirichtungen ansiehen, erklären,
daß von einer Kriegsfähigkeit zwischen Russland und Deutschland
im Sinne der Alarmisten nicht gesprochen werden könne.
Bassermann gibt Russland zu bedenken, daß es durch einen
Krieg in schwere, innere Katastrophen verwickelt werden
würde. Friedrich Neumann schreibt: "Große Nationen greifen
nur dann zum legitimen Mittel, wenn es sich um eine Ver-
schließung der Herrschaftsgrenzen handelt. Diese Grenz-
verschiebungen werden aber von Deutschland und Russland von
seiner Seite beabsichtigt." Meinungsverschiedenheiten über
Waffenfragen und Probleme in der asiatischen Türkei könnten
zwar Schwierigkeiten dienen, aber "solche Schwierigkeiten hat
es seit 1850 bis jetzt fast ständig gegeben und es ist schrift-
lich möglich gewesen, sie zu überwinden. Deshalb würde
eine pessimistische Beurteilung der Gesamtlage nicht gerechtfertigt sein".

Nur einer unter den Befragten, der aldeutsche Ge-
richtsprofessor Heinrich Dr. Karl Lampricht, sieht die
sozialistische Gefahr drohend heranziehen. An die Stelle der
Rationen seien die Rassen getreten. Eine ernsthafte Beweis-
führung für seine Behauptung erfordert sich der Herr Professor
und es ist deshalb nicht notwendig, die schon von Herrn
Bethmann-Hollauff abgedroschene These von der künftigen
Gefahr weiter ernst zu nehmen. Professor Lampricht
wird ja auch von einem, der ihn an Bekämpfung nahesteht,
vom konservativen Grafen Bethmann erlobt. Als moderner
Haushalter ist Graf Bethmann selbstverständlich für deutsch-russische
Freundschaft, denn Russland ist ja der Ort jener Reaktion,
deren zuverlässige Söhne zu sein sich die Jünger bemühen.
Er sieht keinen Grund zur Spannung zwischen Deutschland
und Russland und schreibt:

"Warum die wirtschaftlichen Ziele, die wir im nahen und
fernen Westen verfolgen, zu einem Konflikt mit den von Russland
dort verfolgten politischen Zielen führen müßten, ist nicht ob-
jektiv. Nachrichten über Missionen, die sich angeblich über wirtschaftlich
gegen und wider, bauen bald von dieser, bald von jener Seite
zu uns herüber. Sie sind und werden nur noch ungewöhnlich."

Die Erkenntnis kommt dem konservativen Mann etwas
spät, beachtigt spät, denn die lebte Herrschaftszeit wurde

Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

In der heutigen Zeit der sozialdemokratischen, sozialistischen und geradlinigen Parteien, die Gewerkschaften zu politischen Organisationen zu stempen und je als solche der Polizei-
schaft zu unterstellen, ist ein Schriftsteller gerade zur passenden
Gelegenheit erschienen, in dem der bekannte Gewerkschafts-
theoretiker Adolf Braun die Entwicklungsgeschichte, die Kampf-
geschichte und Kampfmethoden, die Ziele und Sätze unserer
Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei
darlegt und in einer eindrücklichen Belehrung die
Weisenschiedenheit dieser beiden Arten der modernen
Arbeiterbewegung darstellt. Die Ausführungen, die zuerst
als Artikel in der sozialistischen Zeitung erschienen, wurden
durch die Veröffentlichung in Buchform einem größeren Leser-
kreis zugänglich gemacht. Das ist um so mehr zu begrüßen,
als, wie im Vorwort zugetreten, betont wird, "nicht mit die
bekanntesten Feinde der Arbeiterbewegung die Grenzen von
Politik und Gewerkschaft mit Abstand überschreiten, sondern
auch manche wohlbürtige Leute, ja selbst mangelhaft unter-
richtete Arbeiter die Weisenschiedenheit von Partei und
Gewerkschaft nicht immer klar erkannt haben".

Tatsächlich sind diese beiden Zweige der modernen Ar-
beiterbewegung bei aller Notwendigkeit für den einzelnen
Arbeiter, sich sowohl der Partei wie der Gewerkschaft anzuschließen,
durchaus verschieden in ihrem Wesen. Jeder Bierig
hat andere Ausläden, Werkzeuge, Kampfmittel und Er-
ziehungsmöglichkeiten, im Gegensatz zu den wirtschaftlichen
Organisationen des Bürgertums, z. B. dem Bunde der Hand-
werke, dem Zentralverband Deutscher Industrieller oder dem
Handelskammer, die künftlich selbstständig und ungebunden Politik ge-
macht, in der mannschaftlichen Weise auf die Gesetzgebung und
die Verwaltungsgremien eingewirkt. Wahlprogramme aufgestellt
und Wahllosen übernommen haben, so daß Braun mit guten
Gründen belohnen kann: "Die Arbeiterklasse hat in weit
höherem Maße als das Bürgertum die Vertretung der wirt-

* Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Von
Adolf Braun. Verlagsanstalt des Deutschen Gewerkschafts-Ver-
bundes. 6. Aufl. Berlin. 48 Seiten o. 10.